

Die Migration in Deggendorf von 1989/90 im Spiegel der Presse. Die ersten Aussiedler, die Übersiedler und die Asyldebatte (1988–1990)

Roman P. Smolorz

1. Das Thema Migration damals und heute

Die Oberbürgermeisterin von Deggendorf Anna Eder äußerte sich anlässlich der Veranstaltungsreihe *Integration im Dialog* am 4. Oktober 2005 in Grafenau folgend: *Ich weiß nicht, wie hoch der Anteil der Aussiedler an Ihrer Bevölkerung ist, bei der Stadt Deggendorf beträgt er inzwischen 10 %. Natürlich waren nicht alle auf einmal da und zu Beginn der Migrationswelle gab es auch noch nicht so viele Probleme*¹.

Heute leben in Deggendorf einige der einstigen Aussiedler und Übersiedler seit bereits 20 Jahren und gerade die Aussiedler mit ihrer formellen Eigenschaft eines „Vertriebenen“ tragen zur gegenwärtigen Spätaussiedlerstatistik bei. Sind sie aber nach zwanzig Jahren nach wie vor Zuwanderer im eigentlichen Sinne? Man muss sich doch mal fragen, wann ein Zuwanderer eigentlich aufhört, ein solcher zu sein.

Im Jahr 1990 belief sich jedenfalls der Anteil der Aussiedler auf ungefähr 3,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung Deggendorfs² – hier inkl. der Übersiedler aus der DDR, weshalb im Titel dieses Textes statt von Aus- und Übersiedlern zunächst von Migranten gesprochen wird.

Die ersten Aussiedler kamen in Deggendorf im Dezember 1988³ an und es steht eindeutig fest: Dass man mit einer Migrationswelle 1989/90 zu tun haben wird, wusste 1988 keiner. Stimmt dabei die These, welche Anna Eder 2005 formulierte, dass die Probleme mit der damaligen Migration weniger gewesen seien?

Der Höhepunkt der ersten Zuwanderung von Aussiedlern und Übersiedlern nach Deggendorf ist, ähnlich wie im gesamten Bayern und außerhalb davon, erst auf das Jahr 1989 datiert, und dieser Trend hielt bis Ende 1990 an⁴. Inzwischen sind zwanzig Jahre vorübergegangen, man kann sich also dies zum Anlass nehmen, sich dieser Ereignisse historisch bewusst zu werden. Es gibt nämlich bisher keine Publikation⁵ zu diesem Thema, gleichwohl sind ausreichende – freilich keineswegs vollständige⁶ – Quellen im Stadtarchiv Deggendorf vorhanden. Zudem stehen Zeitzeugen zur Verfügung, die einiges zum Thema beitragen können⁷. Bedauerlicherweise konnte die Regierung von Niederbayern keine Unterlagen zur Verfügung stellen⁸, anders ist es damit in der Oberpfalz bestellt, wo Forschungen zu diesem Thema unterstützt werden⁹.

Das besondere Anliegen dieses Aufsatzes ist es, auf folgende Fragen zu antworten: Wie wurde die Zuwanderung von Deutschen und Deutschstämmigen aus dem Osten und Südosten Europas um das Jahr 1990 von der Deggendorfer Öffentlichkeit – hier vertreten insbesondere durch die lokale Presse – und von

der Verwaltung einerseits sowie den Betroffenen andererseits wahrgenommen? Wo lagen die Probleme damals und welche waren es? Ferner wird auch danach gefragt, ob diese erste Migration nach dem Ende des Kalten Krieges in Deggendorf greifbare Spuren hinterließ.

2. Begrifflichkeiten und Zusammenhänge der Immigration um den Dekadenwechsel 1990

Seit 1973 war die Gastarbeiterbewegung unter dem Druck der Energiekrise zum Erliegen gekommen¹⁰. Bayern hatte 1973 ungefähr 420 000 Gastarbeiter, im Jahr 1984 waren es nur noch 282 500 Personen. 1983 wurde sogar ein Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft der Gastarbeiter verabschiedet¹¹, um auf diese Weise mit manchem Problem verträglich fertig zu werden.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre beschäftigte den öffentlichen Diskurs in Westdeutschland indes das politische Asyl¹². 1982 wurde das Asylverfahrensgesetz geändert, um die bis dahin geltenden Prozeduren zu beschleunigen. Dafür gab es gute Gründe, denn beispielsweise nahm nur im Freistaat Bayern die Zahl der Asylanträge von 1983 auf 1984 um 79 Prozent zu, wobei nach Niederbayern lediglich zehn Prozent der Asylsuchenden geleitet wurden¹³. 1986 urteilte der bayerische Sozialminister Franz Neubauer über das Asylproblem, es nehme immer mehr den Charakter einer Völkerwanderung an¹⁴, und um das Jahr 1990 stiegen die Zahlen der Asylbewerber noch einmal, sodass sich Bundes- sowie Landesregierungen gezwungen sahen, dahingehend zu wirken, den möglich gewordenen Missbrauch dieses Grundrechts zu verhindern¹⁵.

In Deggendorf standen im Jahre 1989 einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 29 000 Personen 450 Asylbewerber gegenüber, hier die Stadt und der Landkreis zusammengezählt¹⁶. Positive Einstellungen zu diesen Asylbewerbern waren in manchen Kreisen der Deggendorfer Bevölkerung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre normal¹⁷. Die lokale Gruppe von Amnesty International unterstützte zum Beispiel 1987 vierzehn von der Todesstrafe bedrohte Chilenen beim Antrag auf Asyl. Man war bemüht sogar die Stadtverwaltung in diese Angelegenheit einzubinden, was freilich nicht gelingen konnte, da für Asyl ausschließlich das Bundesministerium des Innern und nicht die bayerische Kommunalverwaltung zuständig war¹⁸.

Seit 1988 wurde in der lokalen Presse zunehmend ablehnend gegenüber den Asylbewerbern diskutiert. Daher verwundert die Unterschriftenaktion in Miettraching bei Deggendorf vom Juli 1989 nicht, die freilich sofort öffentlich rezipiert wurde¹⁹: Es haben sich 211 Personen mit abwegigen Argumenten gegen ein Asylantenheim in diesem Stadtteil ausgesprochen. Für Ablehnung sorgten sicherlich die Medienberichte, in welchen die Kosten der Aufnahme von Asylanten – neben den Aussiedlern und Übersiedlern freilich – besonders von der Politik als bedrohlich dargestellt wurden²⁰.

Just inmitten dieser sogenannten Asyldebatte wurden unerwartet die Deutschen aus der DDR, den ehemaligen deutschen Ostgebieten und die Deutschstämmi-

gen aus Ostmittel- und Südosteuropa sowie aus der noch damals bestehenden UdSSR Thema in der Öffentlichkeit. Man sprach auch in Deggendorf ab 1989 nur noch von Aussiedlern²¹. Der Begriff „Spätaussiedler“ wird offiziell erst auf das Jahr 1993 datiert²²: *An den deutschen Stammtischen geht es rund. Der Stoff geht nicht aus. Nach den Asylanten sind nun die Aussiedler Gesprächsthema Nr. 1*²³.

Im Jahr 1986 kam jeder fünfte der insgesamt 38 968 Aussiedler, die in die Bundesrepublik Deutschland gelangt waren, nach Bayern²⁴, also 7793 Personen aufgeteilt auf alle sieben Regierungsbezirke. Bayerns größte Durchgangsstelle war seit 12. Dezember 1960 Nürnberg. Sie wickelte 1988 den Zuzug von 26 669 Aussiedlern und im Jahr 1989 von 30 277 Personen ab²⁵, deren größter Teil aus den Banat- und Siebenbürger-Deutschen, aus den Deutschen der Volksrepublik Polen und zunehmend auch von Russlanddeutschen bestand²⁶. Im Jahr 1990 nahm die Nürnberger Stelle 39 669 Aussiedler auf und leitete diese weiter²⁷.

Mit der Verordnung der bayerischen Staatsregierung vom September 1989, insbesondere im Hinblick auf die steigenden Zahlen der Übersiedler aus der DDR, wurden in den bayerischen Bezirken Regierungsaufnahmestellen für Aus- und Übersiedler eingerichtet mit einer Zentralen Landeskoordinationsstelle in Nürnberg als übergeordnetes Amt²⁸. Es gab neben Deggendorf für Niederbayern in Bayern folgende Regierungsaufnahmestellen²⁹: für Oberbayern Grabenstätt bei Traunstein, für die Oberpfalz Weiden, für Oberfranken Ebersdorf bei Coburg, für Mittelfranken Nürnberg, für Unterfranken Gemünden und für Schwaben Augsburg.

Die Zahlen der Immigranten jeglicher Herkunft wurden im Sommer 1989 so hoch, dass sogar in der Bayerischen Staatszeitung „Mobile Aussiedler-Wohnheime“ im Anzeigenteil angeboten wurden³⁰, was als Lösung offensichtlich auch in der Regierung erwogen wurde, wäre doch sonst nicht eine solche Anzeige gerade in diesem Blatt erschienen.

Die Presse berichtete viel über die Kosten einer Zuwanderung³¹, wenig hingegen las man in den Zeitungen der 1980er Jahre zum Problem der schrumpfenden westdeutschen Bevölkerung und somit über eine ohnehin vorhandene und voraussehbare Notwendigkeit, Menschen ins Land holen zu müssen. Eine Ausnahme waren die Äußerungen des Deggendorfer Landrats Dr. Georg Karl in der Deggendorfer Zeitung 1988, kurz bevor die ersten Aussiedler die Kreisstadt erreichten: *Das wäre [die Aufnahme – Anm. d. Verf.] nicht nur Solidarität gegenüber deutschen Mitbürgern, sondern auch eine kleine Möglichkeit, bei der Volkszählung verlorengegangene Bürger wiederzubekommen*³².

Auch die zentrale bayerische Presse, der „Bayerische Staatsanzeiger“, äußerte sich in Anlehnung an die Erkenntnisse der „Bayerischen Akademie ländlicher Raum“ zur Aufnahme von Aussiedlern im östlichen Bayern positiv³³ und man sah sogar voraus, die Aus- und Übersiedler würden dazu beitragen, das Bayern von morgen zu verwirklichen³⁴.

Sicherlich war für die notwendige Integration der Immigranten nicht förder-

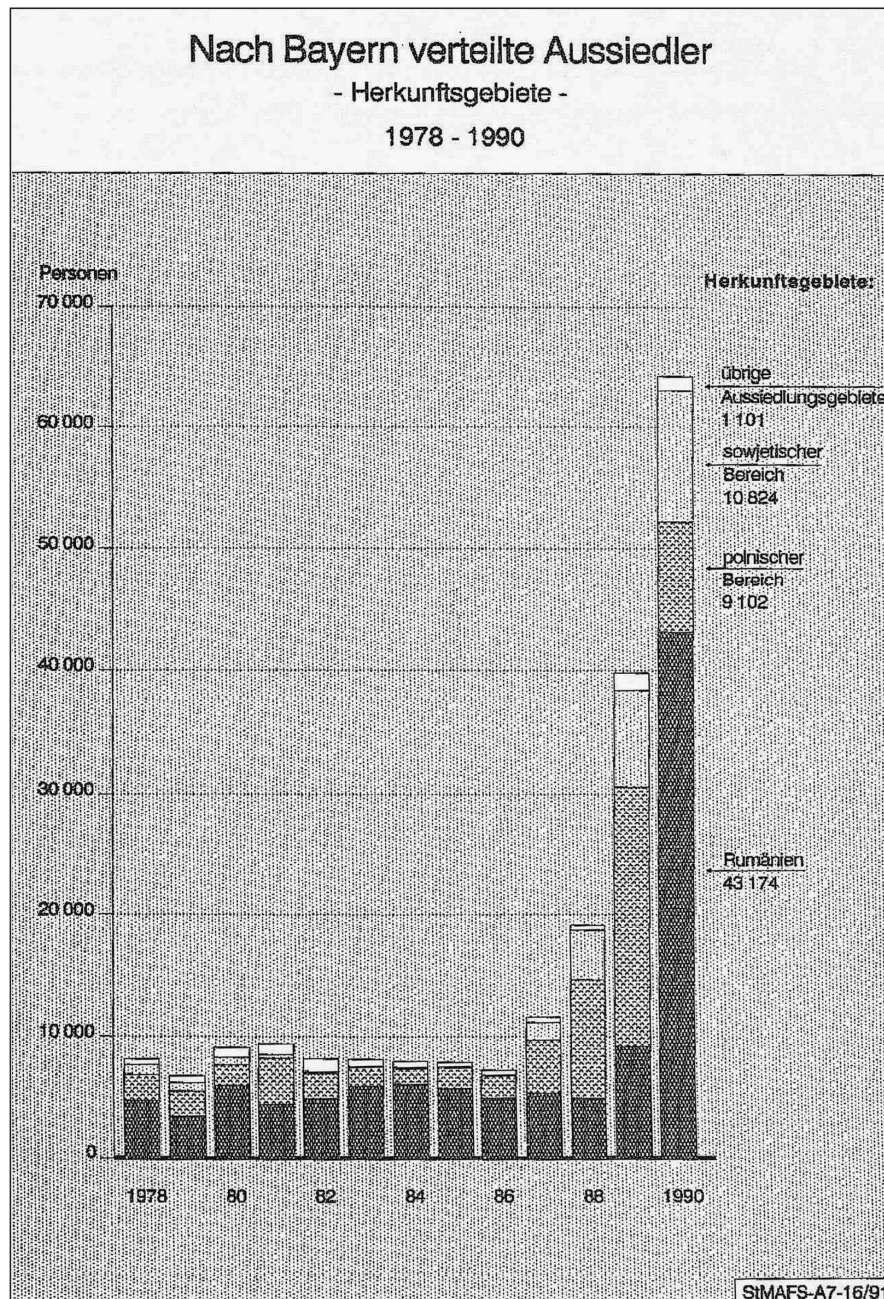


Abb. 1

lich, dass von Anfang an gerade die lokale Presse umgangssprachliche Bezeichnungen anwendete, was die Wahrnehmung der einheimischen Bevölkerung eindeutig und langfristig prägte: Wenn in den Titeln noch zum Beispiel von „polnischen Aussiedlern“ geschrieben wurde, nannte man sie schon im Text „deutschstämmige Polen“³⁵, und beides war falsch, denn es handelte sich doch bei allen Gruppen um „deutsche Aussiedler“³⁶ aus Polen, aus der Tschechoslowakei, Rumänien oder damals noch aus der UdSSR. Es gab auch ganz abwertende Feststellungen, indem man statt von Übersiedlern und Aussiedlern lediglich von „DDRlern“ bzw. „Polen“ sprach³⁷, und dies im Zusammenhang mit politischen Bemühungen des CSU-Ortsverbandes, was im konservativ geprägten Deggendorf den Eindruck erwecken musste, diese Bezeichnungen seien korrekt.

Die Betroffenen nahmen diese Problematik selten wahr, denn man las nur gelegentlich die Deggendorfer Zeitung, kannte man doch bis zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland nur die Magazine „Der Spiegel“ oder den „Stern“, eventuell die FAZ. Erfuhr man, dass man als Russe, Pole oder Rumäne in der Zeitung bezeichnet wurde, gab es dafür wenig Verständnis und man hat es tatsächlich als Diffamierung empfunden, insbesondere vonseiten der Politik. Denn man war aus dem sozialistischen System gewohnt, dass die Zeitungen nur das schreiben durften, was ihnen die Politik vorgab und erlaubte³⁸.

Analysiert man jedoch die lokale Presse von 1992 und 1993, so waren die Aus- und Übersiedler wieder kein Thema mehr, denn die Presse – freilich der Politik folgend – fokussierte erneut die Asylanten als das aktuelle Problem³⁹.

3. Perestroika als Anfang einer neuen Migrationszeit

Die politischen Veränderungen hinter dem Eisernen Vorhang, hinter einer Grenze also, welche ihre seit 1945 bestehenden Eigenschaften ab ungefähr 1985 mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows zunehmend verlor, überstürzten sich im Sommer 1989⁴⁰. Damals gelangten Hunderte von Flüchtlingen aus der DDR, die über Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen bemüht waren, den sogenannten Westen zu erreichen, freilich hauptsächlich nach Westdeutschland⁴¹. Parallel dazu trug die in Polen liberalisierte Reisepolitik dazu bei, dass gleichfalls zahlreiche Deutsche und Deutschstämmige aus den ehemals deutschen Ostgebieten die Stunde der Gunst nutzten, um ihre Heimat zugunsten Westdeutschlands für immer zu verlassen⁴².

Die Zuwanderung der Übersiedler aus der DDR nahm nach der Grenzöffnung am 9. November 1989 enorm zu⁴³, und Deggendorf, wo man im Dezember 1988 geglaubt hatte, einige Dutzend Aus- und Übersiedler aufnehmen zu müssen, wurde mit einer Massenzuwanderung konfrontiert, auf die man selbstverständlich, nicht nur in Deggendorf, gänzlich unvorbereitet war: *Die Aussiedler aus Osteuropa, die Übersiedler aus dem anderen Teil Deutschlands – die Asylbewerber verschärfen die ohnehin angespannte Situation.*

Dr. Georg Karl wurde deutlich: *,Von der Gesetzeseite greift noch nichts, ich*

befürchte, daß alle, die zu uns kommen, in einen Topf geworfen werden und daß die Stimmung in der Bevölkerung, die bisher aufgeschlossen und hilfsbereit war, umschlägt. Da zeichnen sich schon Tendenzen ab‘⁴⁴.

Die älteren Einheimischen kannten die Massenzuwanderungen von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten und Südosten Europas in der unmittelbaren Nachkriegszeit⁴⁵, das Thema war also nicht ganz unbekannt. Damals jedoch waren die Meinungen⁴⁶ in ganz Bayern ungefähr denen von 1989 gleich, was die damalige Zwangsmigration anbelangte. Man sagte nach dem Zweiten Weltkrieg: Diese Neuzugesiedelten, diese Flüchtlinge möchten zwar zur deutschen Volksfamilie gehören, sie würden sich aber in ihren Anschauungen und Veranlagungen derart von der bayerischen Bevölkerung unterscheiden, dass sie stets als „Fremde“ gelten würden⁴⁷. Dass diese Prophezeiung nicht ganz richtig war, belegt schon der Begriff des vierten bayerischen Stamms⁴⁸, unter dem man die Deutschen aus den böhmischen Ländern heute versteht. Die Niederbayern waren freilich nicht die einzigen Westdeutschen, welche die Ostdeutschen der unmittelbaren Nachkriegszeit unwillig aufnahmen, damals freilich aus verständlichen Gründen eines allgegenwärtigen Nachkriegselends, was in der historischen Forschung bereits häufig dargestellt wurde⁴⁹. Die Integration der Immigranten nach dem Zweiten Weltkrieg gelang aber trotz dieser anfänglichen Ablehnung ganz gut. Denn unmittelbar auf die Nachkriegsarmut folgte das Wirtschaftswunder, das die vielen sozialen Spannungen und Probleme zu beseitigen half. So ist festzuhalten, dass gerade soziale Unsicherheit und sozialpolitische Ungleichheit das Haupthindernis jeder Integration in jeder Gesellschaft darstellen⁵⁰.

3.1 Etappen der Zuwanderung nach Deggendorf um das Jahr 1990

3.1.1 Bis zum Mauerfall in Berlin (von Dezember 1988 bis November 1989)

Die erste Gruppe der Aus- und Übersiedler, die Deggendorf im Dezember 1988 erreichten, setzte sich aus Deutschen und Deutschstämmigen aus der DDR, Polen bzw. aus der UdSSR zusammen⁵¹. Die Familien aus der UdSSR – man sprach von Familien aus Russland – kamen deshalb im Familienverband an⁵², weil sie legal in die Bundesrepublik Deutschland einreisten. Anders verhielt es sich mit den zahlreichen Personen aus der Volksrepublik Polen oder der noch kommunistischen Tschechoslowakei. Sie verließen ihre Heimat damals zwar schon ohne größere Probleme, doch immer noch galt ihre Emigration in den sogenannten Westen als illegal (vgl. Abb. 4–6 „ohne Entlassung aus dem polnischen Staatsverband“).

Der Weg führte die Emigranten zumeist in die großen Durchgangslager in Westdeutschland. Häufig erfolgte die Einreise in die Bundesrepublik jedoch über die damals Freie Stadt Berlin⁵³, die allgemein, also auch für Osteuropäer, visumfrei zu erreichen war. Von dort schickte man diese Flüchtlinge, nachdem sie von Vertretern der Besatzungsmächte verhört worden waren und dann von deutschen Behörden ihre deutsche Abstammung als eindeutig überprüft worden

AUSSIEDLER BESUCHER
Laufzettel für das Registrierungsverfahren

Bitte sorgfältig aufbewahren

Name: _____ Vorname: _____ geb.: _____
 Familienmitglieder: _____
 Anschrift: _____ Anschrift im Heim: _____

Lfd. Nr.	Dienststelle	Abfertigung	Gesundheitsamt Stempel und Stempel und
1.	Arztlicher Dienst Am Parkplatz 2, Zi. 110		1000 Berlin 23 26. JULI 1989
2.	Sichtungsstelle Zugang: Am Parkplatz 1		1000 Berlin 23 F.S.
3.	Bundesvertriebenengesetz BVG Sprechzeiten: Mo.-Fr. 9.00-12.00 u. 13.00-14.00 Uhr	Bolzplatz 2 Zi. 10, 11, 14, 15	31.4.89, 10.08.85, 11.12.85 Laufzettel für Aussiedler wird nicht befürwortet 31. JULI 1989
4.	Verlegungsstelle Am Parkplatz 1 u. 2 Zi. 106		Laufzettel für Aussiedler wird nicht befürwortet 31. JULI 1989
5.	Zentrale Beratungsstelle für Aussiedler und Zuwanderer Sprechzeiten: Mo.-Di. von 8.00-12.00 u. 13.00-16.00 Uhr Do. von 8.00-12.00 u. 13.00-18.00 Uhr Fr. von 8.00-12.00 u. 13.00-14.00 Uhr	Am Parkplatz 1 u. 2 Zi. 031 - 309	weiter Osnabrück 4. AUG. 1989 Deutsche Dienststelle (WSt)
6.	Weisungsstelle Am Parkplatz 4		1000 Berlin 23 31. JULI 89 Nahmann

Nr. 72-73

(A)

Nur Weisungsstelle - Essenmarken:

Abb. 2: Laufzettel im sog. Aufnahmелager „Berlin, Marienfelder Allee“ mit Stempeln der US-Besatzungsbehörden und der entsprechenden französischen Behörden, der Deutschen Dienststelle (WSt), ein Archiv der deutschen Militärverbände, sowie des Gesundheitsamts

war, über das Übergangslager Marienfelde in Berlin per Flugzeug in die westdeutschen Durchgangslager. Für die Aussiedler, die diesen Weg eingeschlagen hatten, spielten die Durchgangslager Friedland, Bramsche-Hesepe und Osnabrück eine gewichtige Rolle.

Zudem waren für die zukünftigen Einwohner Bayerns folgende Lager im Bundesgebiet von Bedeutung: Empfangen, Friedland, Hamm, Osnabrück, Rastatt und Schönberg bei Kiel, denn auch dort befand sich eine Stelle des Beauftragten des Freistaates Bayern, der die Quotenverteilung an Migranten zwischen den bayerischen Bezirken beaufsichtigte⁵⁴.

Das „Central-Hotel“, wie der Teil des ehemaligen Redemptoristen-Klosters, der 1988 zur Aufnahmestelle für Aussiedler geworden war, entwickelte sich im Laufe des Sommers 1989 zu einem Durchgangslager; offiziell stellte seit 11. September 1989 ein Teil der Anlage mit 200 Betten die Regierungsaufnahmestelle dar, der zweite Teil mit 156 Betten eine Ausweichunterbringung⁵⁵. Der Sinn einer Aufnahmestelle war, dass Zuwanderer nicht mehr zentral in den großen Aufnahmелagern wie Friedland, Bramsche oder Nürnberg etc. auf einzelne Städte Niederbayerns verteilt wurden, sondern zunächst unter anderem nach Deggendorf geleitet und erst dann vor Ort weiter eingewiesen wurden. Der Leiter der Deggendorfer Stelle bei der Regierung von Niederbayern wurde Willy Menze⁵⁶.

Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben
- Landesversorgungsamt -
- Zentrale Beratungsstelle für
Aussiedler und Übersiedler
- VI A 2 -

1000 Berlin 48, den 14. 8. 89
Marienfelder Allee 66-80
Fernruf: 7204/0 App.:

Bescheinigung

Herr/Frau _____

geb. am _____ ist mit Ehegatte/Ehefrau Bramsche

geb. am _____

am 25. 7. 89 aus Polen

in Berlin (West) eingereist und wird an das Grenzdurchgangslager

- ☐ Friedland
3403 Friedland (Leine)
- ☒ Bramsche
4550 Bramsche-Hesepe
- ☐ Osnabrück
4500 Osnabrück

weitergeleitet.

Nach ersten Feststellungen gehört der/die Vorgenannte zu dem
Personenkreis, der voraussichtlich in das Registrierungsver-
fahren beim Bundesbeauftragten für die Verteilung der Aussiedler
aufgenommen wird.

Folgende Leistungen sind für den/die Vorgenannte(n) von uns er-
bracht worden:

Verpflegungsgeld 2 x 15,- DM

Flug nach Hannover _____

Weitergeleitet nach
Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben
- Landesversorgungsamt -
Durchgangslager für
Aussiedler und Zuwanderer
Marienfelder Allee 66-80
1000 Berlin 48
Telefon: 72 04/0 App.

Siegel

Abb. 3: Bescheid über eine Weiterleitung vom sog. Aufnahmelager „Berlin, Marienfelder Allee“ ins Lager Bramsche-Hesepe in Westdeutschland

Vorgelegte Unterlagen, Bemerkungen Poln. Reisepaß ohne Entlassung aus dem poln. Staatsverband. GU d. Mutter; poln. Übersetzung d. franz. GU d. Vaters; poln. HU d. Eltern; poln. GU d. Großvaters mtl.; poln. STU d. Großmutter mtl.; poln. Familienstammbuch d. Großeltern mit Eintrag der Mutter; Besch. der WAST Berlin zum Großvater mtl.; positiv.

BMI-Richtl. 8.2.2.

Datum, Land, Dienstsiegel, Unterschrift
17.08.1989 **BAYERN**
 Anrechnung auf die Landesquote ist gem. Verteilungsverordnung v. 28.3.1952 erfolgt.

Weitergeleitet:
 vorl.: St.-Vinzent-Heim Übergangswohnheim
 Kapuzinergraben 2 - 4 Freistaat Bayern Der Beauftragte
 8360 Deggendorf
 18.08.1989
 im Grenzdurchgangslager Bramsche-Hesepe

Regierungsaufnahmestelle für Ausländer
 30. NOV. 1989
 I.A. Rudolph

Abb. 4: Beleg einer Weiterleitung vom Durchgangslager Bramsche-Hesepe ins Vinzenzheim Deggendorf

Vorgelegte Unterlagen, Bemerkungen Poln. Reisepaß ohne Entlassung aus dem poln. Staatsverband. poln. Geburtsurkunde zu 1) und d. Großvaters mtl.; poln. Heiratsurkunde d. Eltern und Großeltern mtl.; WAST-Auskunft zum Großvater mtl.; poln. Familienstammbuch BMI 8.2.2.

Datum, Land, Dienstsiegel, Unterschrift
21.08.1989 **BAYERN**
 Anrechnung auf die Landesquote ist gem. Verteilungsverordnung v. 28.3.1952 erfolgt.

Weitergeleitet:
 vorl. Vinzenzheim
 Kapuzinergraben 2-4 Übergangswohnheim
 8360 Deggendorf Freistaat Bayern
 21.08.1989

Der Beauftragte
 des Freistaates Bayern
 im Grenzdurchgangslager Friedland
 I.A. Rudolph

Abb. 5: Beleg einer Weiterleitung vom Durchgangslager Friedland ins Vinzenzheim Deggendorf

Vorgelegte Unterlagen, Bemerkungen Poln. Reisepaß ohne Entlassung aus dem poln. Staatsverband poln. Geburtsurkunde des Antragstellers, poln. Heiratsurkunde der Eltern sowie der Großeltern vtl.; WAST-Anfrage bzgl. Großvater vtl.; positiv.

Richtl. BMI 8.2.2.

Datum, Land, Dienstsiegel, Unterschrift
19.09.1989 **BAYERN**
 Anrechnung auf die Landesquote ist gem. Verteilungsverordnung v. 28.3.1952 erfolgt.

Weitergeleitet:
 vorl. Regierungsaufnahmestelle Niederbayern
 östlicher Stadtgraben 30
 8360 Deggendorf
 20.09.1989

Der Beauftragte
 des Freistaates Bayern
 im Grenzdurchgangslager Friedland
 I.A. Hamann

Abb. 6: Beleg einer Weiterleitung vom Durchgangslager Friedland ins Central-Hotel Deggendorf

Diesem Verfahren entsprechend verließen im September 1989 die ersten Aus- und Übersiedler, die zunächst im Central-Hotel aufgenommen worden waren, die Stadt in weitere Ausweichunterkünfte oder Aufnahmelager wie Pocking, Bayerisch Eisenstein oder Achslach bei Viechtach. Denn offiziell war der Andrang im Central-Hotel so groß, dass Menschen sogar im ehemaligen Hallenbad untergebracht werden mussten⁵⁷.

Der wahre Grund für die Gründung der Regierungsaufnahmestelle in Deggendorf war jedoch die oben bereits erwähnte Verordnung der bayerischen Staatsregierung vom September 1989⁵⁸.

nach der im mündlichen Verfahren (Registrierverfahren) getroffenen Feststellung erfüllt die Antragstellerin die Voraussetzung für eine Einbeziehung in das Verteilverfahren:

als Aussiedler

Aktenführende Behörde:

Zustimmung gemäß § 28 Abs.2 BVFG wurde von Rheinland-Pfalz erteilt.

Aussiedlungsg. verl. am: 20.11.1992 Eingetr. in der Aufnahmeeinr. am: 25.11.1992
Eingetr. im Bundesg. am: 21.11.1992 Weitergeleitet am: 27.11.1992

Zugewiesen an Land:

Bayern, Personenanzahl: 1

vorl.: Regierungsaufnahmestelle Der Beauftragte des Freistaates Bayern
Niederbayern in der Durchgangsstelle für Aussiedler
Östlicher Stadtgraben 30 in Nürnberg
8360 Deggendorf

Begründung:

i. A. Thaler

In die Nähe der Nichte nach
8960 Deggendorf, Östlicher Stadtgraben 30

Abb. 7: Beleg der Aufnahme im Central-Hotel Deggendorf nach der Neuregelung, von der Heimat aus den Antrag auf Aufnahme stellen zu müssen. Zugleich Beleg aus der Aufnahmestelle Nürnberg

Mutter: Schwenchtowitz/05-Polier
Wohnitz am 8. 1945
Umseitig aufgeführte Person/en sind am
27.04.50 in der Ausweichunterkunft
Theresienhof, Bad Griesbach eingetroffen.
Landratsamt Passau
— Ausgleichsamt —
Passau, den 30.04.50
i. A.
i. A. Knecht

Abb. 8: Beleg der Ankunft ursprünglich Deggendorfer Aussiedler in Bad Griesbach

Die Zahl der ersten Aus- und Übersiedler in Deggendorf belief sich auf 15 Personen. Am Ende des Jahres 1988 lebten bereits 60 Personen im ehemaligen Redemptoristen-Kloster, darunter auch schon Russlanddeutsche⁵⁹. Im Juni 1989 waren 176 Aussiedler lediglich im erwähnten Kloster⁶⁰ untergebracht und einen Monat später lebten im Central-Hotel 350 Personen⁶¹.

Im Vinzenzheim waren im August 1989 ungefähr 200 Personen und zu dieser Zeit im Central-Hotel 400 Menschen beherbergt, überdies befanden sich auch zwei Lager im Landkreis, eines in Plattling, wo 60 Zuwanderer lebten, das zweite in Iggenbach⁶².

3.1.2 Vom Mauerfall bis zur Wiedervereinigung

Mit dem Fall der innerdeutschen Grenze strömten zahlreiche Bürger der DDR nach Westdeutschland, und auch in Deggendorf wurde diese Zuwanderung spürbar, addierten sich die neuen Übersiedler doch zu ihren bereits aufgenommenen Landsleuten sowie den Aussiedlern. Im September 1990 beherbergte das Central-Hotel rund 240 DDR-Übersiedler sowie Aussiedler aus Polen, Rumänien, der UdSSR und der Tschechoslowakei⁶³.

Im November 1989 wurde von rund 1000 Aus- und Übersiedlern in der Stadt gesprochen⁶⁴, doch war offiziell anfangs Dezember 1989 in den Unterkünften in der Stadt Deggendorf folgende Zahl von Aus- und Übersiedlern untergebracht:

Central-Hotel:	327
Vinzenzheim:	189
Übergangswohnheim:	40
Insgesamt:	556 Personen

Die Zahlendivergenz ist erklärbar, denn es gab im Deggendorfer Verteidigungskreiskommando ein Auffanglager für 500 Übersiedler aus der DDR, wo keine Aussiedler untergebracht waren⁶⁵. Im September 1990 lebten allein im Central-Hotel 240 Personen, darunter DDR-Übersiedler sowie Aussiedler aus Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien⁶⁶.

Die Bundesregierung reagierte, unter anderem auf einen deutlichen Druck aus München, auf die steigenden Zahlen von Zuwanderern, indem das Aussiedleraufnahmegesetz am 1. Juli 1990 geändert wurde. Von diesem Zeitpunkt an war es nicht mehr möglich, als Tourist in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen und sich den Behörden als Deutscher oder Deutschstämmiger mit der Bitte um Aufnahme nach dem Bundesvertriebenengesetz zu stellen. Man musste zunächst diese Aufnahme vom Herkunftsgebiet aus beantragen, dann über den Landesbeauftragten des Freistaates Bayern im Grenzdurchgangslager Friedland in eine Aufnahmeestelle, z. B. in das Deggendorfer Central-Hotel, eingewiesen werden⁶⁷.

Zur gleichen Zeit verschwand der Begriff eines Übersiedlers aus der DDR, obwohl dieser Staat noch existierte. Denn am 1. Juli 1990 hob der Gesetzgeber das

Aufnahmegesetz für die Übersiedler aus der DDR auf. Siedelten diese Bürger nach dem 1. Juli 1990 nach Westdeutschland über, genossen sie die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder andere Bundesbürger⁶⁸.

3.1.3 Die Gesetzesänderung über Aussiedler 1993 – Ausblick

Nachdem die erste Zuwanderungswelle der Aussiedler aus der Tagespresse verschwunden war, änderte 1993 der Gesetzgeber das Bundesvertriebenengesetz entscheidend⁶⁹. Es ging insbesondere darum, die Anzahl der Aufnahmebescheide in der Bundesrepublik Deutschland auf maximal 220 000 pro Jahr zu begrenzen⁷⁰. Auf Bayern entfielen dieser Regelung zufolge jährlich 32 000 Personen⁷¹.

Es kamen nämlich inzwischen in die vereinte Bundesrepublik Deutschland außer den Deutschstämmigen aus der ehemaligen UdSSR, also in erster Linie aus Kasachstan, auch zahlreiche jüdische Kontingentsflüchtlinge⁷². Ihre Einreise und Integration mussten von Amts wegen als ein neues Problem der „Migrationsverwaltung“ einkalkuliert werden.

Dem Statistischen Jahrbuch für Bayern zur Folge wuchs die Einwohnerschaft Deggendorfs zwischen 1989 und 1991 in absoluten Zahlen um 630 Personen. Bis 1993 erhöhte sich diese Zahl im Vergleich zum Jahr 1987 um 2383 Personen⁷³. Von einer Gefahr der Überfremdung oder Überbevölkerung konnte also in Deggendorf angesichts der Zuwanderungswelle 1989/90 keine Rede sein, obwohl sie als eine Massenzuwanderung angesehen wurde. Vielmehr trat ein, was sich der Deggendorfer Landrat Dr. Georg Karl 1988 erhofft hatte, dass nämlich Deggendorf dank der Aus- und Übersiedler in kein negatives Bevölkerungssaldo gerutscht ist.

4. Die Deggendorfer Einrichtungen und Initiativen, dem Zustrom der Aus- und Übersiedler zu begegnen

Deggendorf war freilich als Aufnahme-Standort für Aus- und Übersiedler 1989 keine Ausnahme: In Niederbayern gab es im Oktober 1989 – noch vor der eigentlichen Einreisewelle aus der DDR – insgesamt 56 Beherbergungsbetriebe, in welchen 2571 Personen lebten, in weiteren 15 Wohnheimen waren 1237 Personen untergebracht⁷⁴. Die Unterbringung der Aus- und Übersiedler regelte eine Richtlinie des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 5. Mai 1981, welche die Überschrift trug: *Richtlinien zur Ausweichunterbringung von Aussiedlern und Zuwanderern (AURi)*⁷⁵.

4.1 Massenunterkünfte in Deggendorf

Der Entscheidungsspielraum der Regierung von Niederbayern bezüglich der Aufnahme von Aus- und Übersiedlern war von den Bestimmungen auf Bundesebene abhängig⁷⁶. Diesen Regelungen entsprechend hatte Niederbayern in den Jahren 1988 und 1989 einen Aufnahmezuwachs von 500 auf 2000 Personen

erfahren⁷⁷. Dabei wusste man nicht, als letztere Zahl 1988 veröffentlicht wurde, dass im Herbst des darauffolgenden Jahres die innerdeutsche Grenze fallen würde. Man sprach von Quotenregelungen und Lastenausgleich auf Bundes- und Landesebene⁷⁸. Dementsprechend entfielen im Oktober 1989 beinahe 13 Prozent der nach Bayern verteilten Flüchtlinge auf Niederbayern⁷⁹.

4.1.1 Das Central-Hotel

Spätestens im November 1988 wusste jeder in Deggendorf, dass Aussiedler in der Stadt aufgenommen werden müssen. Norbert Wurschy aus Teisnach wurde in diesem Zusammenhang zur Person des öffentlichen Interesses. Er vertrat damals 51,1 Prozent des Eigentums am City-Center in Deggendorf und erklärte sich gegenüber der Regierung von Niederbayern bereit, 80 bis 100 Aussiedler in dieses Gebäude, das ehemalige Kloster der Redemptoristen, aufzunehmen. Die darin untergebrachten Ärzte zeigten dem Unternehmer jedoch die gelbe Karte und verwiesen darauf, dass dieses Gebäude als Massenunterkunft nicht geeignet sei. Anders freilich sah das Wurschy und auch mancher Regierungsbeamte. Man war bemüht, die Gemüter zu beruhigen: Wurschy als Hotelbesitzer beteuerte, ins Central-Hotel würden keine Aussiedler kommen⁸⁰; diese Äußerung ist übrigens ein Indiz dafür, dass man die Aussiedler – und auch die Übersiedler – nicht so herzensoffen in der Stadt erwartete.

In der Sitzung des Stadtrates vom 19. Dezember 1988 informierte Oberbürgermeister Dieter Görlitz die anwesenden 35 Mitglieder, dass an diesem Tag die ersten Aussiedler in Deggendorf eingetroffen seien⁸¹. Dies war indes nicht ganz richtig, weil die ersten Deutschen, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten stammten, bereits am 15. Dezember 1988 aus der Zentralen Aufnahmestelle für Aussiedler in Nürnberg-Langwasser nach Deggendorf kamen. Die nächsten, bereits früher angekündigten Ankömmlinge, sollten 25 deutschstämmige Russlanddeutsche sein. Dass der Oberbürgermeister dies nicht eindeutig wusste, mochte daran liegen, wie diese Ankunft sich abspielte. Nach dem „Plattlinger Anzeiger“ seien die Aussiedler *still und heimlich* gekommen. Man kritisierte: *Prominente Politiker aus der Stadt und übrigem Landkreis Deggendorf, die vor Wochen öffentlich sich dafür eingesetzt haben, die Aussiedler als deutsche Landsleute mit offenen Armen aufzunehmen, haben diese ‚neuen Mitbürger‘ bislang jedenfalls nicht offiziell und öffentlich empfangen*⁸². Immerhin konnte die „Deggendorfer Zeitung“ den „Plattlinger Anzeiger“ am Tag darauf korrigieren, nachdem noch am Tag der Veröffentlichung im Plattlinger Anzeiger der Oberbürgermeister Dieter Görlitz es schaffte, die Aussiedler in Deggendorf willkommen zu heißen: *Schon am Mittwoch Morgen hatte er [der Oberbürgermeister – Anm. d. Verf.] die ersten Deutschstämmigen begrüßt*⁸³. Dahingestellt sei, ob ihn dazu mehr der Plattlinger Anzeiger oder die Pflicht eines CSU-Politikers, gewählten Stadtvaters oder eines gebürtigen Oberschlesiers bewog.

Als im Juni 1989 die Regierung von Niederbayern der Stadt Regensburg mitteilte, dass sie beabsichtige, im Central-Hotel ungefähr 380 Aus- und Über-

siedler unterzubringen, waren zum einen Wurschys Glaubwürdigkeit begraben und zum anderen auch seine wahren Absichten aufgefliegen. Denn jedem musste klar sein, dass diese Entscheidung nicht vom Himmel fiel, sondern in zahlreichen Gesprächen im Voraus vorbereitet waren, zumal ein Entwurf des Vertrages der Regierung mit Wurschy der Stadtverwaltung vorgelegt worden war⁸⁴.

Oberbürgermeister Görlitz sprach von Wortbruch und sah sich von Wurschy getäuscht, weil dieser ihn mit 350 Aussiedlern im Central-Hotel vor vollendete Tatsachen stellte. Zwar forderte die Stadt Wurschy dazu auf, einen Antrag auf Nutzungsänderung des Central-Hotels bei der Bauverwaltung zu stellen. Politisch war jedoch angesichts der stets steigenden Zahlen von Aus- und Übersiedlern nichts mehr zu machen, obwohl sich der Oberbürgermeister bei den zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung bemüht hatte, das Vorhaben Wurschys auf administrativem Wege zu verhindern⁸⁵.

Offiziell äußerte sich der Oberbürgermeister, er sei um den Fremdenverkehr in der Stadt besorgt, dem ein Hotel verloren gegangen sei⁸⁶. In Wirklichkeit wollte er jedoch aus dem Central-Hotel ein Internat für die Verwaltungsschule machen, die man nach Deggendorf, wahrscheinlich gerade mit dem Argument freistehender Unterbringungsmöglichkeiten, hatte holen wollen. Im Voraus hatte Wurschy jedoch in der Presse verlauten lassen, die Vermietung des Hotels an Aussiedler – die Übersiedler hat man zu diesem Zeitpunkt in der dann gewordenen Anzahl nicht vermutet – sei für ihn reine wirtschaftliche Notwendigkeit, da der Verkauf an den holländischen Unternehmer Vos & Partner wegen des schlechten Zustands, beispielsweise der Konferenzräume, nicht gelungen sei⁸⁷. Die Regierung machte lediglich die Aussage: *Seitens der Regierung wird diese Unterbringung als äußerst dringlich angesehen*⁸⁸.

Bei der Stadtratssitzung vom 22. August 1989 fragte Stadtrat Kurt Kindel Oberbürgermeister Dieter Görlitz nach dem Bauvorhaben in der Deggendorfer Hans-Ertl-Straße. Er habe gehört, dass Herr Wurschy diese Häuser gekauft habe. Görlitz antwortete, dass Wurschy aus dieser Anlage lauter „Aussiedler-Wohnungen“ machen wolle. Durch einen Bausenatsbeschluss sei aber mittlerweile festgelegt, dass in jeder Wohnung nur eine bestimmte Personenzahl untergebracht werden dürfe⁸⁹.

Diese Regelung des Bausenats vom August 1989 hatte gute Gründe, denn schon im April dieses Jahres berichtete die „Deggendorfer Zeitung“ von einer drangvollen Enge bei Aussiedlern und meinte dabei das ehemalige Redemptoristen-Kloster, das Central-Hotel. Freilich war der Direktor dieses Baukomplexes, Hugo Busch, sehr bemüht, die Zustände möglichst zu verbessern. Gleichwohl war die Enge in den Räumen von Wurschy hingenommene Tatsache und im Übrigen die einzig wahre Information in der Fülle von Gerüchten in der Stadt, z. B., dass unter den Aussiedlern ansteckende Krankheiten ausgebrochen seien⁹⁰. Diese Behauptungen sind einfach als Zeichen der Ablehnung zu erklären, ähnlich den Gerüchten, die einst nach 1945 über die Flüchtlinge und Vertriebenen verbreitet wurden⁹¹. Jedenfalls dementierte die lokale Presse unter Berufung auf den Leiter des Deggendorfer Gesundheitsamts diese Behauptungen⁹².

Wurschy hatte zwar Schwierigkeiten mit der Stadtverwaltung, scheint jedoch die volle Unterstützung der Regierung von Niederbayern gehabt zu haben, sprach doch Regierungsdirektor Dieter Dörfler offen aus: *Wir sind wegen des riesigen Zustroms von Aussiedlern in einer echten Notlage*⁹³, und der tatsächliche massenhafte Zustrom der DDR-Übersiedler stand erst bevor⁹⁴.

Die Zuwanderung der Aus- und Übersiedler war auch ein Geschäft ohnegleichen: Die Regierung von Niederbayern zahlte für die Unterbringung einer Person 35 DM, hinzu kamen noch 13 DM von den Betroffenen selbst, zusammen also 48 DM⁹⁵. Wurschy schuf sich sozusagen das Monopol für diese Unterbringung von Aus- und Übersiedlern in Deggendorf. Für eine junge Familie mit zwei Kindern beliefen sich die Kosten für ein Zimmer (ungefähr 25 qm) auf 4200 bzw. 4340 DM je nach Monatslänge. Die Deggendorfer Zeitung schrieb, dass man nur bei 200 untergebrachten Leuten auf die Mindestsumme von 200 000 DM im Monat käme. Zu Recht mahnte man: *Nothelfer verdienen gut*⁹⁶. Allerdings wurde die Zahl 200 lediglich im April 1989 im Redemptoristen-Kloster erreicht⁹⁷.

Mitte 1990 wurden die Mietpreise neu geregelt, sodass jeder Erwachsene 16,20 DM pro Tag zahlte, ein Kind ab zwei Jahren knappe 5,00 DM und im Winter kam ein Pauschalbetrag für Heizkosten hinzu. Die Zahlungen der Regierung veränderten sich dahingehend, dass Wurschy pro Familie ungefähr 6300 bis 7000 DM monatlich kassierte, freilich brutto, und das für ein Hotelzimmer, das ursprünglich für zwei Personen gedacht war⁹⁸. Dabei sparte der Besitzer des Central-Hotels noch an Personal, beispielsweise in der Küche, obwohl die Kosten dafür gedeckt waren⁹⁹. Hinzu kam, dass man Lehrlingen im Central-Hotel ihre Ausbildungsverträge kündigte, da dieses nun kein Hotel mehr im eigentlichen Sinne, sondern de facto ein Immigranten-Lager war, genannt „Ausweich-Quartier“¹⁰⁰. Dass man für diese Entwicklung die Aussiedler verantwortlich machte und nicht den Besitzer des Hotels, kann man niemanden vorwerfen, denn man konnte aufgrund der vorhandenen Informationen diese Entwicklung nur so empfinden: *Sie [die Lehrlinge – Anm. d. Verf.] sind Opfer der Aussiedlerwelle*¹⁰¹. Bedauerlich ist, dass sich die Presse damals nicht mit dieser Problematik kritisch auseinandersetzte und falsche Aussagen klarstellte.

4.1.2 Das Vinzenzheim

Die einzige Ausnahme von Norbert Wurschys Monopol stellte das Deggendorfer Vinzenzheim im Kapuzinergraben dar, das für die Unterbringung von Aussiedlern der Regierung von Niederbayern vom St.-Vinzenz-Verein zur Verfügung gestellt wurde. Zwar sprach im November 1988 Stadtpfarrer Josef Pommer einerseits von Gerüchten, doch räumte er auf der anderen Seite zugleich ein, dass man daran denke, den Altbau trakt des Altenheimes so lange als Unterkunft für Aussiedler zu vermieten, bis Geld zur Verfügung stünde, den alten Teil des Gesamtgebäudes gründlich zu renovieren; es sei also nur eine Übergangslösung¹⁰². Am 15. August 1989 kamen die ersten Aussiedler aus Polen ins

Ausweichunterkunft ☒ Hotel ☐ Gasthof ☐ Pension Ort, Datum

Vinzenzheim Deggendorf 20.9.89

GEBÜHRENMITTEILUNG

Herr/Frau/Fräulein Lfd. Nr.

schuldet für d. Monat/Zeitraum/Jahr

14.9.89 - 30.9.89

Unterbringungsgebühr			
gebührenfrei	vom 14.9.89	bis 27.9.89	Tage 14
gebührenpflichtig	vom 28.9.89	bis 30.9.89	Tage 3
Anzahl der Personen	1 x	Satz pro Person 5,- DM	Anzahl der Tage 3 Betrag 15,- DM
Verpflegungsgebühr für 17 Tage			
abwesend ab	Tage insgesamt		Personen insgesamt
abwesend ab	Tage insgesamt		Personen insgesamt
berechnet werden			
Anzahl der Personen	1 x	Satz pro Person 8,- DM	Anzahl der Tage 17 Betrag 136,- DM
Anzahl der Personen	x	Satz pro Person 8,- DM	Anzahl der Tage x Betrag DM
Gebühren insgesamt			151,- DM

Die festgesetzte Gebühr ist bis spätestens zum 10. jeden Monats unter Angabe „HHSI: 242 050 001, Gebühren AURI lt. Gebührenmitteilung vom ... lfd. Nr. ...“ auf das Konto der Kreiskasse (Nr. 67 bei der Sparkasse Passau) zu überweisen. Diese Gebührenmitteilung enthält keine Aussagen über Rückstände bzw. Überzahlungen aus früheren Monaten.

I. A. 45

Abb. 9: Rechnung über die Selbstbeteiligung an den Unterbringungskosten im Vinzenzheim Deggendorf vom September 1989

Vinzenzheim, die zweite Gruppe, in der auch eine russlanddeutsche Familie war, kam vom Übergangslager Osnabrück-Bramsche am 22. August 1989 nach Deggendorf¹⁰³. Insgesamt waren im Vinzenzheim laut Zeitung ungefähr 200 Personen in 75 Zimmern untergebracht¹⁰⁴. Dies bedeutete, dass auf ein Zimmer durchschnittlich 2,6 Personen entfielen. Tatsächlich waren aber in jedem Zimmer vier Personen untergebracht, lediglich Ehepaare durften zu zweit bleiben, es gab auch Extrazimmer für Mütter mit Kind¹⁰⁵.

Dem Stadtpfarrer wurde häufig Bereicherung auf Kosten der Aussiedler vorgeworfen¹⁰⁶, obwohl die meisten Kosten nicht der Betroffene selbst trug, sondern die Regierung von Niederbayern und damit der Steuerzahler.

Folgerichtig verdienten alle Betreiber von Aus- und Übersiedler-Wohnheimen, insbesondere die Gasthofbesitzer im Landkreis, die ihre Zimmer oft an die Aussiedler als Ausweichunterkünfte vermieteten, zunächst einmal an bayerischen Mitbürgern als Steuerzahler, erst an zweiter Stelle an den Aus- und Übersiedlern selbst. In der Fachsprache würde man diese Finanzierung als Mittel der Subventionierung des Übernachtungs- und Gaststättenangebots im Bayerischen Wald durch die Regierung umschreiben können.

Im Falle des Vinzenzheims handelte es sich jedoch, den Zeitzeugenberichten zufolge, um eine anständige Unterbringung, vor allem im Vergleich zum Cen-

Ausweichunterkunft ☒ Hotel ☐ Gasthof ☐ Pension ☐ Ferienwohnung Vinzenzheim Deggendorf		Ort, Datum 8360 Deggendorf, 03.01.90	
--	--	---	--

GEBÜHRENMITTEILUNG		lfd. Nr. 01.10.89 - 31.12.89	
Herr/Frau/Frau/Lein abwesend ab <u>1.10.89</u>		schuldet für den Monat/Zeitraum 01.10.89 - 31.12.89	

1. Unterbringungsgebühr			
1.1	1 Personen x 90 Tage x 6,00 DM		540,- DM
1.2	Personen x Tage x 1,80 DM		DM
1.3	abzüglich Abschlag 30 v. H.		162,- DM
1.4	Unterbringungsgebühr		378,- DM
2. Verpflegungsgebühr - berechnet werden:			
abwesend ab <u>1.10.89</u>		tage insgesamt <u>18</u>	Personen insgesamt <u>1</u>
abwesend ab <u>1.10.89</u>		tage insgesamt	Personen insgesamt
2.1	Anzahl der Personen <u>1</u> x Satz pro Person <u>12,- DM</u>	Anzahl der Tage <u>72</u>	864,- DM
2.2	Anzahl der Personen <u>1</u> x Satz pro Person <u>3,60 DM</u>	Anzahl der Tage <u>72</u>	DM
2.3	festzusetzende Verpflegungsgebühr		864,- DM
3. Heizungsgebühr (vom 01.10. - 30.04.)			
3.1	1 Personen x 3 Monat(e) x 10,00 DM		30,- DM
3.2	Personen x Monat(e) x 3,00 DM		DM
3.3	festzusetzende Heizungsgebühr		30,- DM
4.	festzusetzende Gesamtgebühr (1.4 + 2.3 + 3.3)		1272,- DM
5. Gebührenerhöhung (§ 13 ÖUV)			
5.1	Die Gesamtgebühr erhöht sich zum um 25 v. H. des Betrages unter Punkt 1.3		DM
5.2	Die Gesamtgebühr erhöht sich zum um 50 v. H. des Betrages unter Punkt 1.3		DM

Die festgesetzte Gebühr ist spätestens bis zum 5. jeden Monats unter Angabe der GK-Nr. auf das Konto der zuständigen Kreiskasse (siehe Überweisungsträger) oder direkt mit dem beiliegenden Überweisungsträger zu überweisen. Bei Bankeinzug erfolgt die Abbuchung der Gebühren jeweils zu Anfang des Monats durch die zuständige Kreiskasse. - Diese Gebührenmitteilung enthält keine Angaben über Rückstände bzw. Überzahlungen aus früheren Monaten.

I. A. [Signature]
 (Meyer Reg.-Angest.)
 Heimleitung

Abb. 10: Rechnung über die Selbstbeteiligung an den Unterbringungskosten im Vinzenzheim Deggendorf vom Januar 1990

tral-Hotel. Insbesondere werden der beschäftigte Koch sowie der Vertreter der Regierung, Herr Meyer, im Vinzenzheim von den einstigen Einwohnern wiederholt gelobt¹⁰⁷. Stadtpfarrer Pommer sagte dazu in der Zeitung: *Ich habe auch keinen Unzufriedenen in unserem Vinzenzheim angetroffen. Wenn der Reporter einen Unzufriedenen fand, so könnte er eventuell auch einem ‚Stasi-Mann‘ begegnet sein*¹⁰⁸. Die Ängste des Pfarrers vor der Stasi 1989 mögen heute amüsant klingen, insbesondere bezogen auf Deggendorf. Doch gänzlich unbegründet waren sie nicht: Bis jetzt wurde nur die Tätigkeit des polnischen Äquivalents der Stasi gegenüber den Aussiedlern untersucht und dabei festgestellt, dass besonders junge Aussiedler von Erpressung gefährdet waren, zugunsten kommunistischer Staatssicherheitsdienste gegen die Bundesrepublik Deutschland zu spionieren¹⁰⁹.

4.2 Private Unterkünfte

Im März 1989 fragte das Bundesvermögensamt Passau bei der Stadtbau GmbH Deggendorf, ob sie bereit wäre, in den Darlehenswohnungen in der Deggendorfer Nörerstraße 17–23, Aussiedler aufzunehmen. Denn, so das Argument, die Unterbringung von Aussiedlerfamilien sei eine Verpflichtung des Bundes¹¹⁰. Näheres zu diesen Plänen des Bundesvermögensamtes ist nicht bekannt, lediglich manche Zeitzeugen glauben sich daran zu erinnern, dass in der Nörerstraße Übersiedler aus der DDR in Sozialwohnungen gelebt hätten¹¹¹.

Ein Teil der Aus- und Übersiedler war inzwischen bemüht, sich privat Unterkunft zu suchen. Die fanden sie insbesondere in der Haslacher Str. 34–38, wo zahlreiche Zimmer an diesen Personenkreis vermietet wurden, hatten doch die meisten inzwischen Arbeit gefunden, nachdem sie – nach Bedarf – einen Sprach-

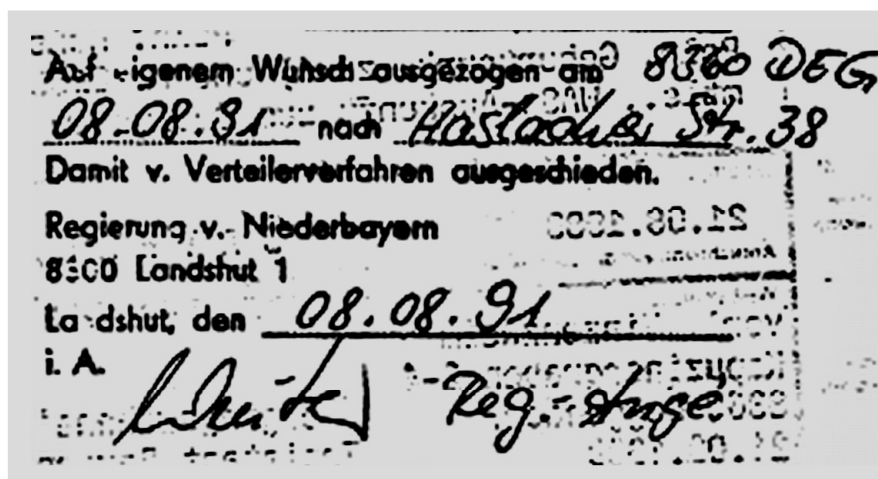


Abb. 11: Beleg eines freiwilligen Wohnwechsels vom Central-Hotel in die Haslacher Str. 38 im Sommer 1991

kurs absolviert hatten¹¹². Aus den Häusern in der Haslacher Straße wurde beinahe ein neues „Lager“ für Aus- und Übersiedler, gerade wenn man die Höhe der Mieten und die Größen der vermieteten Zimmer vergleicht. Gerechterweise muss man aber betonen, dass das Wohnungsproblem in Deggendorf um das Jahr 1990 sehr akut war; und man war froh über jede Mietwohnung, Hauptsache man entging dem Lagerleben insbesondere im Central-Hotel¹¹³.

5. Hilfe-Initiativen

Neben den Betreibern von Massenunterkünften muss man auch diejenigen Personen und Einrichtungen nennen, die am Rande dieses Geschäftes um Hilfe für die Einwanderer bemüht waren, ohne dabei eigenes Interesse zu verfolgen. Zunächst ist die Deggendorfer Bevölkerung zu nennen, die für die ersten Aussiedler besonders materielle Hilfe leistete: Spielsachen, Kleidung und sogar Lebensmittel wurden dem Direktor des Central-Hotels Hugo Busch für die Einwohner des ehemaligen Redemptoristen-Klosters zur Verfügung gestellt. Er selbst war, und zwar nicht nur über den gesamten hier behandelten Zeitraum, außerordentlich bemüht, gerade die Aussiedler zu unterstützen¹¹⁴. Im Spätsommer 1989 kamen immer wieder Deggendorfer auch ins Vinzenzheim und schenkten den Aussiedlern Decken, Kissen und anderen brauchbaren Hausrat, was besonders Familien mit Kindern zugute kam¹¹⁵. In Rettenbach organisierte eine Einheimische eine umfangreiche Hilfsaktion, um besonders jungen Familien zu helfen¹¹⁶. Bei der Stadtverwaltung meldeten sich Deggendorfer, die bereit waren, Aussiedlerfamilien eine Wohnung zu vermieten¹¹⁷.

Freilich nahm mit der Zeit die Bereitschaft zu helfen ab, was jedoch eine ganz normale Entwicklung ist, und mancher Aussiedler oder dessen Kind verspielte beispielsweise durch Diebstähle in Deggendorfer Geschäften den anfänglich neutralen Ruf der gesamten Gruppe¹¹⁸. Es gab auch Probleme mit den fließend deutsch sprechenden Zuwanderern, den Übersiedlern aus der DDR. Denn auch unter ihnen gab es schwarze Schafe, die dem Ansehen der Allgemeinheit schaden: *Harte Worte gegen die Landsleute, doch Heindl* [Betreiber vom Lokal im Östl. Stadtgraben – Anm. d. Verf.] *betont, daß weder Rumänen oder Polen die Übeltäter sind, sondern die DDR'ler, die dafür sorgen, daß sich hier keiner mehr hintraut*¹¹⁹.

Gelegentlich war die erbrachte Hilfestellung der Einheimischen durchaus eigennützig; so organisierte ein junger Bewerber der SPD um einen Stadtratssitz im Oktober 1989 Ausflüge für Aussiedler, beispielsweise ins Kloster Metten, um die dortige historische Bibliothek zu besichtigen. Er warb jedoch zugleich dafür, für ihn die Wahlstimmen abzugeben, waren doch die Aussiedler wahlberechtigt, da sie deutsche Staatsbürger waren und viele an der Kommunalwahl im März 1990 teilnehmen durften¹²⁰ – Voraussetzung war damals wie heute außer der deutschen Staatsangehörigkeit auch ein ständiger Wohnsitz in der Kommune seit mindestens drei Monaten¹²¹.

Es gab auch organisierte Initiativen wie beispielsweise die Gruppe „Hilfe für

einen neuen Anfang“, die sich aus Mitarbeitern der Volkshochschule und der Sozialhilfeverwaltung beim Landratsamt zusammensetzte und bereits im Dezember 1988 tätig wurde¹²².

Die Caritas errichtete schon 1988 eine Beratungsstelle für Aussiedler, in der zwei Mitarbeiterinnen, Petra Fischer und Mira Czarnetzki, tätig waren¹²³. Im Dezember 1988 veranstaltete man eine Weihnachtsfeier für die Aus- und Übersiedler, die im Vinzenzheim stattfand¹²⁴. An Weihnachten 1989 fanden mehrere solche Feiern statt, neben dem Vinzenzheim auch im Kolpinghaus im Östlichen Stadtgraben¹²⁵.

Deutsche römisch-katholische Geistliche besuchten die Aussiedler im Vinzenzheim und brachten zum Beispiel einen polnischen Priester mit, um manchem schwach oder kaum noch deutsch sprechenden Aussiedler das religiöse Leben von Anfang an zu ermöglichen¹²⁶.

Der Internationale Freundschaftskreis Deggendorf e. V. organisierte im April 1989 erste Kaffeenachmittage für Aussiedler, Ausflüge ins Bauernhaus-Museum nach Tittling sowie im Juni 1989 nach Waldmünchen und für die Kinder zum Trimpfpfad auf der Rusel. Im Juli nahm man sich ebenfalls der Kinder an und fuhr mit ihnen zum Straubinger Zoo. Am Bürgerfest Ende Mai 1989 lud der Freundschaftskreis Aussiedler zum gemeinsamen Feiern ein und im September fand ein ökumenischer Gottesdienst statt, an dem Aussiedler teilnahmen. Im Dezember gab es für die Aussiedlerkinder eine Nikolaus- und für alle eine Weihnachtsfeier.

Doch viel wichtiger waren die Dauerveranstaltungen des Freundschaftskreises, wie zum Beispiel die Hausaufgabenbetreuung für Aussiedlerkinder jeden Dienstag oder der Stammtisch im Lokal „Otto“. Sehr wichtig ist, dass diese Aktivitäten 1990 nicht ausliefen, sondern weiterhin gepflegt wurden¹²⁷.

Die Kinder der Aus- und Übersiedler waren nicht nur den Eltern, sondern zahlreichen engagierten Deggendorfer Bürgern eine Sorge: Im Sommer 1989 bemühte sich die Frauen-Union in der Stadt um eine Kinderkrippe für Aussiedler, immerhin ein Projekt, das in Landshut auf Anerkennung stieß, weil sich die Regierung von Niederbayern bereit erklärte, die Kinderkrippe als Modellprojekt zu fördern¹²⁸.

Ende 1989 etablierte sich ein „Spielkreis für Aussiedlerkinder“ am Luitpoldplatz. Bis zu 15 Kleinkinder im Alter von zwei bis sechs Jahren konnten dort der Obhut von zwei Betreuerinnen anvertraut werden. Unterstützt wurde diese Initiative vom Kreiscaritasverband Deggendorf sowie vom Diakonischen Werk der evangelischen Kirchengemeinde Deggendorf. Insbesondere war es wichtig, diejenigen Kinder zu beaufsichtigen, deren Eltern an Vorbereitungskursen des Arbeitsamtes, sei es an Sprachkursen oder Fortbildungsmaßnahmen, teilnahmen. Dieses Projekt lief 1990 für ein Jahr unter dem Motto: „Wenig gemacht ist mehr als gar nichts getan.“¹²⁹ Im August 1989 waren unter den 700 Personen in der Stadt und im Landkreis Deggendorf 150 Kinder im Alter bis 18 Jahren. Unter diesen Kindern waren 50 Kindergartenkinder, die jedoch noch in keinem Kindergarten untergebracht werden konnten¹³⁰.

In den Deggendorfer Schulen wurden Förderklassen gebildet, in welchen Aussiedlerkinder zusätzlichen Deutschunterricht bekamen¹³¹. Mittels einer Eilentscheidung des Amtes des Oberbürgermeisters versorgte man die Theodor-Heuss-Schule mit Lernmitteln für Kinder der Aus- und Übersiedler in Höhe von 9000 DM. Der Stadtrat erteilte dem Oberbürgermeister für diese Entscheidung freilich eine nachträgliche Genehmigung¹³².

Von Interesse wäre eine Untersuchung der privaten Netzwerke der Aus- und Übersiedler, kamen doch manche 1990 nicht mehr zufällig nach Deggendorf, sondern auf Empfehlung der kurz zuvor eingereisten Landsleute¹³³. Wie diese Migrationssysteme funktionierten und was ihnen zugrunde lag, verlangt nach einer separaten, möglichst interdisziplinären Untersuchung, die hier jedoch aus pragmatischen Gründen ausbleiben muss, zum Beispiel aufgrund der fehlenden Aktenüberlieferung der Regierung von Niederbayern.

6. Schlussbetrachtung

Zweifelsfrei war die erste Welle der Aussiedler, die zugleich mit den DDR-Übersiedlern nach Deggendorf kamen, für die Einheimischen ein beunruhigender Zuwanderungsprozess. Dies besonders deshalb, weil die öffentlich geführten Diskussionen über Zuwanderung und über die damals nicht eindeutig klaren Auswirkungen dieses Prozesses auf die aufnehmende Gesellschaft berechtignte Ängste hervorriefen – der Zusammenbruch des Ostblocks kam als ein Faktor der Unsicherheit hinzu¹³⁴.

Umso bewundernswerter ist die Hilfe mancher Einheimischen für die Aus- und Übersiedler, insbesondere in der Anfangsphase der Zuwanderung in Deggendorf. Die Lokalpolitik reagierte auf die neuen Zustände so gut sie konnte, dabei sei ihr freilich guter Wille bescheinigt. Zu untersuchen bleibt jedoch, inwieweit sie selbst oder vielmehr die Bundes- und Landespolitik aktiver hätte sein können, zumal die Angelegenheiten der Aus- und Übersiedler, wie schon erwähnt, eine Verpflichtung des Bundes waren.

Zweifellos kann man aber der Behauptung der Oberbürgermeisterin von Deggendorf Anna Eder, dass die Probleme mit den Aussiedlern am Anfang ihrer Zuwanderung nach Deggendorf weniger gewesen seien¹³⁵, widersprechen. Vielmehr scheinen diese Probleme größer gewesen zu sein, weil die Migrationswelle damals von mehreren unvorhersehbaren Faktoren beeinflusst worden war. Heute beantwortet die Bundespolitik diese Herausforderungen mit Migranten völlig anders. Denn seit 1993 ist die Einreise der Spätaussiedler gut geregelt, worauf sich auch eine Lokalpolitik einstellen kann und sollte.

Die erste Immigrationswelle 1989/90 in Deggendorf wurde von einigen unternehmenslustigen Bürgern und Organisationen nur dazu genutzt, Geld zu verdienen.

Wenn man jedoch heute (2009) das Vinzenzheim betrachtet, so kann man von einer nachvollziehbaren Politik des St.-Vinzenz-Vereins sprechen, ist dieses Haus inzwischen renoviert und wurde seinem alten Zweck zurückgeführt. Der

Vinzenz-Verein nutzte die Gunst der Stunde, indem er die Regierung von Niederbayern bei der Bewältigung des Menschenzustroms nach Deggendorf unterstützte und zugleich den Betroffenen selbst half. Alles machte man zwar für gutes Geld, dies war jedoch eine legitime und in der sozialpolitischen Wirklichkeit von 1989 die einzig mögliche Lösung.

Der Zustand des ehemaligen Central-Hotels lässt heute viel zu wünschen übrig. Dessen Umwandlung in eine Aussiedleraufnahmestelle vollzog sich zwar ebenfalls auf rechtem Wege, doch eine klare wirtschaftspolitische und zukunfts-trächtige Planung, wie im Fall des Vinzenz-Vereins und dessen Liegenschaft, ist im Nachhinein nicht zu erkennen.

Diese zwei Beispiele beantworten, wenn auch nur sehr begrenzt, die zu Beginn gestellte Frage, welche greifbaren Zeichen der ersten Aussiedlerwelle in Deggendorf übrig geblieben sind.

LITERATUR

- Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2005
- Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2002
- Klaus J. Bade, Jochen Oltmer, Normalfall Migration, Bonn 2004
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung (Hg.), Die Eingliederung der Aussiedler und Übersiedler in Bayern 1990, München 1990
- Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, Bonn 2003
- Tony Judt, Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2006
- Andreas Kossert, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008
- Maximilian Lanzinner, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945–1958, Regensburg 1996
- Johannes Molitor, Zur Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen im Landkreis Deggendorf, in: Deggendorfer Geschichtsblätter 22 (2001), 237–264
- Johannes Molitor, Zur Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen im Landkreis Deggendorf, in: Deggendorfer Geschichtsblätter 23 (2002), 157–288
- Gerald Neumann, Die Medien und die Flüchtlingsfrage in Bayern von 1945 bis 1953, München 1994
- Judith Schäfer, Juden aus der Sowjetunion/Russland in Deutschland von 1989 bis 2000, Regensburg 2006
- Roman Smolorz, Górnoślązacy i ich emigracja do Niemiec zachodnich w latach 1989–1990 w świetle akt Urzędu Bezpieczeństwa Komendy Wojewódzkiej Milicji Obywatelskiej w Katowicach (im Druck: folgende Nummer der Reihe „Studia Opole“, hrsg. durch Instytut Śląski in Opolu/Opole)
- Sonderdruck des Bay. Landtages für den Bund der Vertriebenen in Bayern „50 Jahre Flucht, Deportation, Vertreibung bleibt Unrecht“ (Drucksache 13/2848)
- Bernd Stöver, Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, Bonn 2007
- Thomas Urban, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, 2. Aufl., München 1994
- Sabine Voßkamp, Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945–1972, Stuttgart 2007

ABBILDUNGSNACHWEIS

Abb. 1: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung (Hg.), Die Eingliederung der Aussiedler und Übersiedler in Bayern 1990, München 1990, 25

Abb. 2–11: (Zeitzeugen, vgl. Anm. 7)

ANMERKUNGEN

- ¹ URL www.regierung.niederbayern.bayern.de/wirfuersie/integration/v4_24_eder.pdf (letzter Abruf 5.11.2008).
- ² Stadtarchiv Deggendorf (= StADegg)/Zeitungsausschnittsammlung (= ZAS) III/1: Einwohnerstatistik für 30.6.90; Deggendorfer Zeitung vom 24.11.1989.
- ³ StADegg/A44.4: Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 19.12.1988.
- ⁴ Bayerisches Staatsministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung (Hg.), Die Eingliederung der Aussiedler und Übersiedler in Bayern 1990, München 1990, 25.
- ⁵ Feststellung gemäß den Angaben in der Bayerischen Bibliographie – Online (letzter Abruf 1.10.2009).
- ⁶ Ein Teil der hier relevanten schriftlichen Quellen liegt bei der Regierung von Niederbayern und ist derzeit nicht benutzbar (vgl. Anmerkung 9).
- ⁷ Eine Liste der Zeitzeugen, die für diesen Aufsatz Aussagen machten, wurde im Stadtarchiv Deggendorf abgelegt und steht Forschern zum Zweck eventueller Überprüfung zur Verfügung.
- ⁸ Schreiben der Regierung von Niederbayern an Autor vom 7.10.2008 (Az: 14) sowie des Staatsarchivs Landshut vom 10.11.2008 (Az: 200802720/520-1REGES).
- ⁹ Schreiben der Regierung der Oberpfalz an das Stadtarchiv Regensburg vom 25.6.2009 (Az: B 1 14-6750.3).
- ¹⁰ Bade, Europa in Bewegung, 319f., 335.
- ¹¹ Herbert, Ausländerpolitik, 228f.; Bayerische Staatszeitung vom 27.1.1984.
- ¹² Bade, Europa in Bewegung, 361, 365f., 373.
- ¹³ Bayerische Staatszeitung vom 9.11.1984.
- ¹⁴ Bayerische Staatszeitung vom 7.3.1986.
- ¹⁵ Vgl. Bayerische Staatszeitung vom 27.3.1986.
- ¹⁶ Vgl. StADegg/ZAS III/1: Presseinformation vom 21.03.91. Zahlen der Asylbewerber nach: Deggendorfer Zeitung vom 7.6.89 und vom 2.12.89.
- ¹⁷ StADegg/ZAS III/1: Schreiben der deutschen Sektion von Amnesty International an die Stadtverwaltung Deggendorf vom 13.12.1987.
- ¹⁸ StADegg/A44.4: Schreiben Amnesty International an den Oberbürgermeister von Deggendorf vom 13.12.1987 sowie die einschlägige Antwort vom 17.12.1987.
- ¹⁹ StADegg/Niederschriften über die Sitzungen des Stadtrates 1989, 153; StADegg/A44.4: Liste der Unterschriften von Mietraching.
- ²⁰ Bayerischer Staatsanzeiger vom 14.4.1989: „Aussiedler und Asylanten pumpen Sozialetat auf“.
- ²¹ Vgl. StADegg/ZAS III 7, 8.
- ²² Gemäß §4 des BVFG (BGBl.I, 2007, 1902) ist ein „Spätaussiedler in der Regel ein deutscher Volkszugehöriger, der die Republiken der ehemaligen Sowjetunion nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von sechs Monaten im Geltungsbereich des Gesetzes seinen ständigen Aufenthalt genommen hat“.
- ²³ Deggendorfer Zeitung vom 13.4.1989.
- ²⁴ Bayerische Staatszeitung vom 24.1.1986.
- ²⁵ Die Eingliederung der Aussiedler 37f.
- ²⁶ Bayerischer Staatsanzeiger vom 23.6.1989.
- ²⁷ Die Eingliederung der Aussiedler 37.
- ²⁸ Bayerischer Staatsanzeiger vom 22.9.1989.
- ²⁹ Die Eingliederung der Aussiedler 40.
- ³⁰ Bayerischer Staatsanzeiger vom 24.11.1989.
- ³¹ Vgl. Artikel über die politischen Stellungnahmen vom Landrat Dr. Karl unter dem Titel „Aus-

- siedler und Asylanten“ im Plattlinger Anzeiger vom 11.3.1989; Bayerischer Staatsanzeiger vom 14.4.1989: „Aussiedler und Asylanten pumpen Sozialetat auf“.
- ³² Deggendorfer Zeitung vom 4.11.1988.
- ³³ Bayerische Staatszeitung vom 14.4.1989: „Aussiedler eine Chance für die Gemeinden“.
- ³⁴ Bayerische Staatszeitung vom 8.9.1989.
- ³⁵ Vgl. Deggendorfer Zeitung vom 22.12.1988.
- ³⁶ Zum Begriff siehe Bade, Oltmer, Normalfall Migration, 88–90, hier 88f.
- ³⁷ Deggendorfer Zeitung vom 24.11.1989.
- ³⁸ Zeitzeugenberichte.
- ³⁹ StADegg/A44.4: Zeitungsausschnitt vom Wochenblatt vom 4.10.1992: „Deggendorfer Asyl-Aufnahmestelle sorgt für einen handfesten Polit-Streit“.
- ⁴⁰ Stöver, Der Kalte Krieg, 437–462; Judt, Die Geschichte Europas, 671–765.
- ⁴¹ Judt, Die Geschichte Europas, 704f.; Bade, Europa in Bewegung, 414.
- ⁴² Archiwum Oddziałowe IPN w Katowicach(AOIPNKa)/083/99, 182, 185f., 187f. Siehe ferner Urban, Deutsche in Polen, 66–100.
- ⁴³ Bade, Oltmer, Normalfall Migration, 92.
- ⁴⁴ Deggendorfer Zeitung vom 2.12.1989.
- ⁴⁵ Bade, Europa in Bewegung, 334; Molitor, Zur Geschichte, 237–264; Molitor, Zur Geschichte der Flüchtlinge, 157–288.
- ⁴⁶ Neumann, Die Medien, 45–55.
- ⁴⁷ Staatsarchiv Amberg (StaAA/Regierung der Oberpfalz 22042), Schreiben des Landrats von Neumarkt vom 12.12.1945.
- ⁴⁸ Vgl. Artikel „Sudetendeutsche in Bayern – der vierte Stamm“, in: Bayerische Staatszeitung vom 8.6.1984.
- ⁴⁹ Kossert, Kalte Heimat; Voßkamp, Katholische Kirche.
- ⁵⁰ Vgl. Lanzinner, Zwischen Sternbanner, 266–288; Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, 193f.
- ⁵¹ Deggendorfer Zeitung vom 24.12.1988 (nach StADegg/ZAS III/7, 8).
- ⁵² Deggendorfer Zeitung vom 29.12.1988.
- ⁵³ Man verdächtigte sogar in den 1980er Jahren die UdSSR und die DDR, sie würden die Asylanten aus dem Fernen Osten absichtlich nach Ostberlin fliegen, damit diese anschließend in Westberlin Asyl beantragten und dann als Asylanten in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelten und so das bestehende Asylproblem verschärften (vgl. Bayerische Staatszeitung vom 25.7.1986).
- ⁵⁴ Die Eingliederung der Aussiedler, 36; Zeitzeugenberichte.
- ⁵⁵ Deggendorfer Zeitung vom 20.10.1989, 27.10.1989.
- ⁵⁶ Plattlinger Anzeiger vom 27.10.1989; Deggendorfer Zeitung vom 9.10.1989.
- ⁵⁷ Deggendorfer Zeitung vom 23.9.1989.
- ⁵⁸ Bayerischer Staatsanzeiger vom 22.9.1989.
- ⁵⁹ Deggendorfer Zeitung vom 21.12.1988 und vom 12.12.1988.
- ⁶⁰ Deggendorfer Zeitung vom 24.6.1989.
- ⁶¹ Deggendorfer Zeitung vom 7.7.1989.
- ⁶² Deggendorfer Zeitung (ohne Datum im StADegg/ZAS/III 7); Deggendorfer Zeitung vom 25.8.1989.
- ⁶³ Deggendorfer Zeitung vom 13.9.1990; Zeitzeugenberichte.
- ⁶⁴ Deggendorfer Zeitung vom 24.11.1989.
- ⁶⁵ Plattlinger Anzeiger vom 24.11.1989; Deggendorfer Zeitung vom 1.9.1989.
- ⁶⁶ Deggendorfer Zeitung vom 13.9.90.
- ⁶⁷ Vgl. Die Eingliederung der Aussiedler, 30f.
- ⁶⁸ Sonderdruck des Bayerischen Landtages, 50 Jahre Flucht, 4.
- ⁶⁹ Vgl. BGBl Nr. 27 (1993), 829–838, hier bes. 831.
- ⁷⁰ Bade, Europa in Bewegung, 414.
- ⁷¹ Sonderdruck des Bayerischen Landtages, 50 Jahre Flucht, 5.
- ⁷² Vgl. Schäfer, Juden, bes. 38–42.
- ⁷³ Vgl. Statistisches Jahrbuch für Bayern (1990, 12), (1993, 11), (1995, 27).

- ⁷⁴ Deggendorfer Zeitung vom 20.10.1989.
- ⁷⁵ StADegg/A44.4: Schreiben der Regierung von Niederbayern an die Stadt Deggendorf vom 23.6.1989.
- ⁷⁶ Seit 1. Juli 1990 regelte die Aufnahme von Aussiedlern das „Aussiedleraufnahmegesetz“ (vgl. Die Eingliederung der Aussiedler, 30–35).
- ⁷⁷ Deggendorfer Zeitung vom 12.11.1988.
- ⁷⁸ Vgl. Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 331–335.
- ⁷⁹ Deggendorfer Zeitung vom 10.10.1989.
- ⁸⁰ Deggendorfer Zeitung vom 4.11.1988, 12.11.1988 und 21.12.1988.
- ⁸¹ StADegg/Niederschrift über die Sitzungen des Stadtrates vom 19.12.1988 (vgl. A44.1.).
- ⁸² Plattlinger Anzeiger vom 23.12.1988.
- ⁸³ Deggendorfer Zeitung vom 24.12.1988.
- ⁸⁴ StADegg/A44.4: Schreiben der Regierung von Niederbayern an die Stadt Deggendorf vom 23.6.1989.
- ⁸⁵ StADegg/A44.4: Schreiben des OB an die Leiter der städt. Abteilungen 1–3, 5–6 vom 26.6.1989.
- ⁸⁶ Deggendorfer Zeitung vom 7.7.1989; StADegg/Niederschriften über die Sitzungen des Stadtrates 1989, 146.
- ⁸⁷ Deggendorfer Zeitung vom 24.6.1989.
- ⁸⁸ StADegg/A44.4: Schreiben der Regierung von Niederbayern an die Stadt Deggendorf vom 23.6.1989.
- ⁸⁹ StADegg/Niederschriften über die Sitzungen des Stadtrates 1989, 185, Pkt. b.
- ⁹⁰ Deggendorfer Zeitung vom 15.4.1989; Zeitzeugenberichte.
- ⁹¹ Zu den Vorbehalten gegenüber den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen in der Nachkriegszeit siehe Neumann, Die Medien, 45–61; Kossert, Kalte Heimat, 121.
- ⁹² Deggendorfer Zeitung vom 15.4.1989.
- ⁹³ Deggendorfer Zeitung vom 7.7.1989.
- ⁹⁴ Vgl. StADegg/ZAS III/7, 8 (Übersiedler); Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik 725f., 730–733.
- ⁹⁵ Im Oktober wurden die Sätze für minderjährige Kinder um 70 % ermäßigt (vgl. Deggendorfer Zeitung vom 7.7.1989 und vom 20.10.1989).
- ⁹⁶ Deggendorfer Zeitung vom 23.9.1989.
- ⁹⁷ Deggendorfer Zeitung vom 25.4.1989.
- ⁹⁸ Deggendorfer Zeitung vom 13.9.1990.
- ⁹⁹ Das Essen wurde in der Kantine allzu oft kalt serviert, weil das knappe Personal außerstande war, binnen fünf Minuten 160 Portionen zu verteilen (vgl. Deggendorfer Zeitung vom 25.4.1989).
- ¹⁰⁰ Deggendorfer Zeitung vom 5.7.1989.
- ¹⁰¹ Ebd.
- ¹⁰² Deggendorfer Zeitung vom 4.11.1988.
- ¹⁰³ Zeitzeugenberichte.
- ¹⁰⁴ Deggendorfer Zeitung (ohne Datum im StADegg/ZAS/III 7); Zeitzeugenberichte.
- ¹⁰⁵ Zeitzeugenberichte.
- ¹⁰⁶ Deggendorfer Zeitung vom 29.9.1989.
- ¹⁰⁷ Zeitzeugenberichte.
- ¹⁰⁸ Deggendorfer Zeitung vom 29.9.1989.
- ¹⁰⁹ Vgl. Smolorz, Górnolazacy i ich emigracja.
- ¹¹⁰ StADegg/A44.4: Schreiben des Bundesvermögensamts Passau an die Stadtbau GmbH Deggendorf vom 3.3.1989.
- ¹¹¹ Im Adressbuch von Deggendorf 1992 sind keine auffällig nichtdeutschen Namen feststellbar. Gleichwohl behaupteten einige Zeitzeugen, dass in der Nörerstraße zwei Blocks als Heime, eher jedoch als Sozialwohnungen, für DDR-Übersiedler gedient hätten.
- ¹¹² Zu Sprachkursen siehe Deggendorfer Zeitung vom 13.4.1989.
- ¹¹³ Zeitzeugenberichte.
- ¹¹⁴ Deggendorfer Zeitung vom 29.12.1988; Zeitzeugenberichte.
- ¹¹⁵ Zeitzeugenberichte.

- ¹¹⁶ Deggendorfer Zeitung vom 24.7.1989.
- ¹¹⁷ StADegg/Niederschriften über die Sitzungen des Stadtrates 1989, 70.
- ¹¹⁸ Die lokale Presse berichtete von Diebstählen von Aussiedlern (vgl. Plattlinger Anzeiger vom 7.8.1989).
- ¹¹⁹ Deggendorfer Zeitung vom 28.8.1990.
- ¹²⁰ Vgl. Zeitzeugenberichte; StADegg/ZAS/Wahlen 1990: Liste der Kandidaten der SPD.
- ¹²¹ Vgl. Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I, 1288,1594).
- ¹²² Plattlinger Anzeiger vom 23.12.1988.
- ¹²³ Deggendorfer Zeitung vom 25.8.1989.
- ¹²⁴ Deggendorfer Zeitung vom 24.12.1988.
- ¹²⁵ Zeitzeugenberichte.
- ¹²⁶ Zeitzeugenberichte.
- ¹²⁷ StADegg/A44.4: Schreiben E. Deiml an Frau Göppel vom 18.10.1996.
- ¹²⁸ Deggendorfer Zeitung vom 25.8.1989.
- ¹²⁹ Plattlinger Anzeiger vom 25.1.1990.
- ¹³⁰ Deggendorfer Zeitung vom 25.8.1989.
- ¹³¹ Deggendorfer Zeitung vom 25.8.1989.
- ¹³² StADegg/Niederschriften über die Sitzungen des Stadtrates 1989, 223.
- ¹³³ Zeitzeugenberichte.
- ¹³⁴ Am 15.11.90 fand in Deggendorf eine Vortragsreihe statt, an der sich die Universität Passau beteiligte. Zum Thema der politischen Umwälzungen in Europa, insbesondere im ehemaligen Ostblock, sprach u. a. Prof. Dr. Heinrich Oberreuter (vgl. Deggendorfer Zeitung vom 19.11.1990).
- ¹³⁵ Vgl. Anm 1.